

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckverlag: Nachrichten Dresden
Vertriebsnummer: 25 241
Nur für Nachzügler: 20 011

Bezugs-Gebühr vom 1. d. M. bis 30. November 1927 bei 100. zweimonatlicher Lieferung frei Haus 1.50 Mk.
Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Maßstab berechnet die einseitige 10 mm breite Zeile 10 Pfg. für auswärts 15 Pfg. Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 15 Pfg. außerhalb 20 Pfg. die 10 mm breite Reklameweile 20 Pfg. außerhalb 25 Pfg. Übertragungsgebühr 10 Pfg. Zusat. Kuttirab. gegen Voranbeschl.

Schriftleitung und Anzeigenabteilung:
Mühlentorstraße 33 42
Druck u. Verlag von Viehwitz & Reichardt in Dresden
Vollständ. Konto 1088 Dresden

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe „Dresdner Nachr.“ zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

<p>Elegante Damen-Taschen Neueste Modelle in reichhaltigster Auswahl</p>	<p>Adolf Näter 26 Prager Straße 26 Erstes Spezialhaus für Lederwaren und Reiseartikel Niedrigste Preise für Qualitätsware</p>	<p>Modernes Reise-Gepäck Schrankkoffer Bahnkoffer, Handkoffer in erstklassiger Verarbeitung</p>
---	--	--

Dr. Köhler gegen neue Bewilligungen.

Differenzen über die Befoldung der Pensionisten. — Sturmkatastrophe auf dem Schwarzen Meere.

Die Beratungen im Haushaltsausschuß.
Berlin, 29. November. Der Haushaltsausschuß des Reichstages legte heute die abgebrochenen Besprechungen zum Abschnitt V des Besoldungsangeleges, Parteigeber, Ruhegehälter usw. betreffend, fort. Ein gemeinsamer Antrag des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei fordert, nur bis zu einem Grundgehalt von 12 000 M., welches der Pensionsberechnung zugrunde gelegt worden war, eine Pensionserhöhung eintreten zu lassen, und zwar bei mehr als 6000 M., bis 12 000 M., um 6 v. H.

Ein Regierungsvertreter legte noch einmal die Schwierigkeiten dar, die Pensionäre in die neue Besoldung einzuführen. Die Pensionäre seien tatsächlich in demselben Ausmaß wie die aktiven Beamten bedacht. Der Reichsfinanzminister habe in Magdeburg nicht mehr versprochen, und sein Wort sei durchaus eingelöst worden. Bei den Abänderungen wurde u. a. der Zentrumsantrag abgelehnt. **Kungenommen** wurde ein gemeinsamer Antrag der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei, wonach die §§ 24 bis 25 des Neuerungsgesetzes geändert werden und an ihrer Stelle die Vorschriften Geseh wird, daß die Bezüge der in den einwilligen und der seit dem 1. April 1920 in den bayerischen Ruhestand versetzten Beamten, sowie die Bezüge der im Ruhestand dieser Personen und der seit dem 1. April 1920 im Dienst verstorbenen Beamten mit Wirkung vom 1. Oktober 1927 neu festgesetzt werden.

§ 25 dieses Antrages wird wegen Annahme eines sozialdemokratischen Zusatzantrages, der bei einem Grundgehalt von mehr als 6000 M., bis einschließlich 12 000 M., nur 12 v. H. Pensionsaufbesserung sublimit, abgelehnt. Da auch die Antragsteller nun dagegen stimmen, damit entsteht eine Lücke im Gesetz, da auch § 25 der Neuerungsvorlage nicht aufrechterhalten ist. § 26 dieses Antrages wird genehmigt, bezugnehmend die §§ 27 bis 30.

Auf Antrag der Regierungsparteien wurde beschlossen, möglichst bald den Finanzminister Köhler herbeizuladen, damit er die Stellungnahme der Reichsregierung zu der so weitestgehend veränderten Regierungsvorlage und zu den Auswirkungen dieser Beschlüsse bekanntgibt. **Ministerialdirektor Dr. Rotholz** erklärte, daß er den Minister sofort benach-

richtigen werde, und wies darauf hin, daß die Vorlage von Regierungssicht in allen Einzelheiten begründet sei, und daß danach die beschlossenen Änderungen nicht tragbar seien.

Die Beratung wandte sich dann der Anlage 5 (Wohnungsgeldzuschuß) zu. Die Regierungsvorlage wurde hier genehmigt. Es folgte die Tagesordnung für die außerplanmäßigen Beamten, die mit einem Antrag der Regierungsparteien angenommen wurde, der eine Abstufung der Versorgungsanwärter dahin vornimmt, je nachdem sie im ersten, im zweiten und dritten oder im vierten Dienstjahre stehen. Erledigt wurden dann noch die Abschnitte über die Einsetzung der Beamten des Reichstages und des Reichswirtschaftsrates. Am Schluß der Sitzung erschien **Reichsfinanzminister Dr. Köhler**, um folgende Erklärung abzugeben:

Ich bin davon unterrichtet worden, daß in weiterem Umfange die Vorlage der Regierung verändert worden ist. Ich halte mich für verpflichtet, darauf hinzuweisen, daß die Einsetzung der Pensionäre und Ruhegehälter Gegenstand besonderer Sorge und Prüfung der Reichsregierung gewesen ist. Wir haben insbesondere genau Prüfung mit dem größten Eifer darüber genommen. Wir waren gewiß bereit, den Wünschen im Rahmen des finanziell Möglichen so weit entgegenzukommen, wie es irgendwie tragbar ist. Ueber den angebotenen finanziellen Gesamtrahmen aber hinausgehen, ist der Reichsregierung feinerzeit nicht möglich gewesen, weil die finanziellen Aufwendungen nicht bloß für die Reichshoheitsbehörden, sondern auch für die Betriebsverwaltungen und auch für die Länder und Gemeinden hier ihre Grenze finden.

Ich möchte deshalb dringend darauf hinweisen, daß es uns nicht möglich ist, über den Gesamtrahmen der Kosten hinauszugehen.

Ich will entgegenkommend verfahren, mit dem Ausschuß, wie bisher, aber Wege zu beraten, ob in diesem Gesamtrahmen Verbesserungen möglich sind, aber ich muß heute laut erklären, daß dies über das finanzielle Gesamtmaß hinaus, das der Vorlage angrunde liegt, nicht möglich ist.

Die zweite Lesung wird voraussichtlich am Sonnabend beginnen.

Von Bamberg nach Regensburg.
Die Regensburger Vereinbarungen zwischen dem Zentrum und der Bayerischen Volkspartei über eine parlamentarische Arbeitsgemeinschaft und ein Vorhaben Schuller an Schuller und Hand in Hand bei den Wahlen bedeuten einen bemerkenswerten Schritt vorwärts auf einer innerpolitischen Bahn, die zu einer weiteren Verstärkung der Machtstellung des Zentrums und zu einer die Zurückdrängung des linken Zentrumsflügels befehlenden Entwicklung führen wird. Die Bayerische Volkspartei ist also von Bamberg, wo sie vor sechs Jahren unter der Führung Dr. Heims das föderalistische und antisozialistische Kampfprogramm gegen das Zentrum annahm, nach Regensburg gegangen, wo sie der einst so heftig bekämpften Bruderpartei wieder die Hand reichte mit der ausdrücklichen Versicherung, daß die so angebahnte Verbindung nur der Auftakt zu der völligen Wiedervereinigung der beiden Gruppen darstelle. Damit sind die schon lange im Gange befindlichen Bestrebungen, die auf die Rückgängigmachung der von Dr. Heim im Jahre 1920 vollzogenen Trennung abzielen und die insbesondere von Seiten des Reichszentrums mit steigendem Eifer betrieben wurden, von einem vorläufigen Erfolge gekrönt worden. Die Zentrumspresse befindet sich angelehnt dieses geachteten Vorhabens ihrer Parteileitung in sehr gehobener Stimmung und gibt der Erwartung Ausdruck, daß die Regensburger Entscheidung zum Ausgangspunkt für „eine volle politische Einigung des deutschen Katholizismus“ werden möge, wie sie vor dem Kriege in einem einzigen großen Zentrum“ bestanden habe. Das heißt nun allerdings den Mund etwas vollgenommen; denn selbst eine völlige Wiedervereinigung zwischen Zentrum und Bayerischer Volkspartei würde noch lange nicht gleichbedeutend mit einer vollen politischen Einigung des deutschen Katholizismus“ sein. Die beiden Gruppen zusammen umfassen nämlich noch nicht einmal die Hälfte der Gesamtheit der katholischen Wähler; der größere Teil gehört anderen Parteien an oder bekennt sich zu keiner Partei. Es gibt zahlreiche Katholiken, die abseits aller Parteipolitik stehen und sich bei den Wahlen je nach den Umständen für diese oder jene Partei entscheiden, und es muß auch im Falle einer erneuten Parteieinigung zwischen Zentrum und Bayerischer Volkspartei als ausgeschlossen gelten, daß sich das Ziel, den gesamten deutschen Katholizismus unter einen politischen Hut zu bringen, erreichen ließe.

Es fragt sich, unter welchen Bedingungen die letzte Annäherung zustande gekommen ist. Etwas Bestimmtes ist darüber nicht bekannt geworden, und es ist auch wohl nicht anzunehmen, daß die beiden Parteileitungen über solche Interna der Öffentlichkeit Mitteilungen machen werden. Gleichwohl lassen sich aus einer Betrachtung der Gründe, die 1920 Dr. Heim zur Verschneidung des Tischstuhls zwischen sich und dem Zentrum bewogen, zuverlässige Schlüsse auf den Inhalt des Kompromisses ziehen, auf dessen Grundlage die Regensburger Vereinbarungen zustande gekommen sind. Dr. Heim war damals schwach über die Festlegung des Zentrums auf das einheitsstaatliche Programm Erzbergers und über das Zusammengehen mit der Sozialdemokratie, sowie über den Mangel an Entgegenkommen beim Zentrum bei der Verteidigung der bayerischen finanziellen Interessen. So trat denn Dr. Heim, der urwüchsig, knorrige und urbayerisch gekleidete „Bauerndoctor“, der damals noch die Bayerische Volkspartei ganz in der Hand hatte, den Reichsabmarsch an und schleuderte in Bamberg dem Zentrum den Fehdehandschuh ins Gesicht. Die drei Trennungsründe, die für Dr. Heim bestimmend waren, bestanden auch im Laufe der weiteren Entwicklung fort, wenn sie auch im Anschluß an die zunehmende Veruhigung und Befestigung unserer innerpolitischen Verhältnisse allmählich ein gutes Teil von ihrer ursprünglichen Schärfe und Heftigkeit einbüßten. Die finanzielle Frage ist in der letzten Zeit Bayern gegenüber vom Zentrum mit augenscheinlicher Bereitwilligkeit zur Erfüllung der bayerischen Wünsche bis zur äußersten Grenze der Möglichkeit behandelt worden. Die Rücksicht auf Bayern war auch offenbar — wie jetzt nachträglich klar wird — die Triebfeder, die das Zentrum bestimmte, bei der letzten Regierungsabänderung im Reich mit einer damals in ihren tieferen Zusammenhängen noch nicht erkannten und deshalb als aufwändig empfundenen Energie auf der Befestigung des Reichsfinanzministeriums durch einen Zentrumslandboten zu bestehen. Es sollte dadurch der Bayerischen Volkspartei von vornherein eine Gewähr für die tunlichste Erleichterung der bayerischen Finanzsorgen mit Reichshilfe geboten werden. Der Regensburger Pakt verbreitet auch weiter Licht über die zweckpolitische Bedeutung der jüngsten scharfen Stellungnahme des Zentrums gegen den Einheitsstaat. In einer Er-

Verantwortungsvolle Wirtschaftspolitik!

Dr. Schacht fordert zur Mitarbeit auf.
Berlin, 29. November. Auf einer Tagung des Wirtschaftspolitischen Gesamtvereins des Reichsbundes ergriff nach einem Vortrag des Abg. Köhler über Finanzpolitische Gegenwartsfragen auch der Reichsbankpräsident Dr. Schacht das Wort. Er betonte, daß er den Eindruck habe, als ob gerade diese Fragen in der Öffentlichkeit alle viel zu sehr unter dem Gesichtspunkt der Sentation behandelt würden. Dazu seien diese Dinge aber viel zu ernst. Das habe sich auch bei der Wiedereröffnung seiner Rednerrede gezeigt; alles sei unter dem Gesichtspunkt berichtet worden, der Reichsbankpräsident ist gegen die kommunalwirtschaftlich einseitig. Auch im übrigen werde vielfach nicht auf die sachlichen Momente eingegangen, sondern auf irgendwelche sensationellen Dinge, Skandalösen usw. Wenn er für die Landwirtschaft eintrete, so heiße es, der Mann ist Reaktionär und womöglich Antisemit geworden. (Heiterkeit.)

Es handelt sich aber darum, fuhr Dr. Schacht fort, von Neben zu Taten überzugehen. Seit Jahren hat die Reichsbank häufig auf diese Dinge hingewiesen und sie auch der Öffentlichkeit angedeutet, aber es hat keinen Menschen interessiert. Es bedürfte daher energischer Reden, um auch den Willen zur Tat zu wecken. Ueber diese Dinge muß in der Öffentlichkeit gesprochen werden.

weil wir in der heutigen demokratisch parlamentarischen Verfassung des Deutschen Reiches nicht an Taten kommen, wenn nicht die gesamte Bevölkerung von diesen Problemen durchdrungen wird.

Wir sind, so betont Dr. Schacht, aus den Zeiten des Christentums heraus, und wir können die verhältnismäßige Ruhe und den verhältnismäßig sachlichen Fortschritt der früheren Zeiten nur wieder erringen, wenn die ganze Bevölkerung mitarbeitet und zu einem einheitlichen, geschlossenen Willen kommt. Dabei kommt es nicht so sehr auf die Parteizugehörigkeit an. Wir werden diesen Problemen in Deutschland nicht gerecht werden, wenn wir nicht auf allen Seiten den Willen zu gesunder Wirtschaft, und Finanzführung aufbringen. Das deutsche Volk und das Deutsche Reich dürfen nicht bankrott werden, und es wird nicht bankrott werden. Wir wollen unsere eigene Kontrolle schaffen.

Das Ausland wird uns viel mehr Kredit und Vertrauen schenken, wenn wir diesen Willen beweisen. Zeigen Sie mir, so schloß Dr. Schacht, in ganz Europa noch einmal ein Volk, das durch seine Arbeitsamkeit, durch seinen Willen zur Ord-

nung und durch seinen eisernen Fleiß, nicht zuletzt auch durch seine Opferwilligkeit, sich einen Charakter angeeignet hat wie das deutsche Volk. Wir wollen dafür sorgen, daß unser Kredit geordnet bleibt, indem wir eine verantwortungsvolle Wirtschaft- und Finanzpolitik treiben. (Lebhafter Zustimmung.)

Der Geschäftsführer des Reichsbundes, Direktor Bösch, betonte, mit einem neuen Finanzausgleich müsse eine weitgehende Vereinfachung der Steuern eintreten, zumal sich schon jetzt zeige, daß eine allzuweit betriebene Steuererleichterung dem Staat sehr teuer zu stehen komme. Die Steuereinnahmestellen betragen für Reich, Länder und Gemeinden zusammen berechnet heute 6% gegen 24% im Frieden, das Reich allein bedarf zur Einziehung seines Steueranfalls aber nur 4%, so daß für die Objektsteuer, die in einer besonderen Steuerverwaltung der Länder und Gemeinden erhalten geblieben sind (Grund- und Gewerbesteuer), mit 10% Untkosten, also einem viel zu hohen Faktor, zu rechnen ist.

Dr. Bösch zur Böhmer Rede Schachts.
Berlin, 29. Nov. In der heutigen außerordentlichen Sitzung des Berliner Stadtparlaments führte Oberbürgermeister Dr. Bösch im Namen des Magistrats zu der Böhmer Rede des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht u. a. folgendes aus: Ich kann mir nicht denken, daß Dr. Schacht eine Politik treiben will, die die Städte zwingt, ihre Werke zu verkaufen. Es würden als Käufer doch nur Ausländer in Frage kommen. Reich und Länder haben in jahrelanger Arbeit gefordert, daß die Werke in deutsche Hand gelangen, so beispielsweise, als man die eisernen Gaswerke kaufte. Ich bin davon überzeugt, daß Dr. Schacht die Sorge um die Wahrung zu seinen Ausführungen getrieben hat, doch glaube ich, daß ihm dabei ein Gedankenfehler unterlaufen ist, und nehme an, daß er sich bereits auf dem Wege der Erkenntnis befindet. So hat er sich jetzt bereit erklärt, Verhandlungen mit den deutschen Städten über den Kauf ihrer Werke und ihre Anleihepolitik an führen. Dr. Bösch führte dann aus, daß der Vorwurf Dr. Schachts bezüglich der Luxusaufgaben der deutschen Gemeinden auf Berlin nicht zuträffe.

In der Debatte erklärten sich sämtliche Fraktionen, außer der deutschnationalen und der völkischen, für den Antrag und die städtische Finanzwirtschaft. Ein sozialdemokratischer Antrag, der vom Magistrat fordert, daß er die Anträge des Reichsbankpräsidenten auf ein richtiges Maß zurückführe, wurde mit dieser Stimmenmehrheit angenommen.

nung und durch seinen eisernen Fleiß, nicht zuletzt auch durch seine Opferwilligkeit, sich einen Charakter angeeignet hat wie das deutsche Volk. Wir wollen dafür sorgen, daß unser Kredit geordnet bleibt, indem wir eine verantwortungsvolle Wirtschaft- und Finanzpolitik treiben. (Lebhafter Zustimmung.)

Der Geschäftsführer des Reichsbundes, Direktor Bösch, betonte, mit einem neuen Finanzausgleich müsse eine weitgehende Vereinfachung der Steuern eintreten, zumal sich schon jetzt zeige, daß eine allzuweit betriebene Steuererleichterung dem Staat sehr teuer zu stehen komme. Die Steuereinnahmestellen betragen für Reich, Länder und Gemeinden zusammen berechnet heute 6% gegen 24% im Frieden, das Reich allein bedarf zur Einziehung seines Steueranfalls aber nur 4%, so daß für die Objektsteuer, die in einer besonderen Steuerverwaltung der Länder und Gemeinden erhalten geblieben sind (Grund- und Gewerbesteuer), mit 10% Untkosten, also einem viel zu hohen Faktor, zu rechnen ist.

Dr. Bösch zur Böhmer Rede Schachts.
Berlin, 29. Nov. In der heutigen außerordentlichen Sitzung des Berliner Stadtparlaments führte Oberbürgermeister Dr. Bösch im Namen des Magistrats zu der Böhmer Rede des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht u. a. folgendes aus: Ich kann mir nicht denken, daß Dr. Schacht eine Politik treiben will, die die Städte zwingt, ihre Werke zu verkaufen. Es würden als Käufer doch nur Ausländer in Frage kommen. Reich und Länder haben in jahrelanger Arbeit gefordert, daß die Werke in deutsche Hand gelangen, so beispielsweise, als man die eisernen Gaswerke kaufte. Ich bin davon überzeugt, daß Dr. Schacht die Sorge um die Wahrung zu seinen Ausführungen getrieben hat, doch glaube ich, daß ihm dabei ein Gedankenfehler unterlaufen ist, und nehme an, daß er sich bereits auf dem Wege der Erkenntnis befindet. So hat er sich jetzt bereit erklärt, Verhandlungen mit den deutschen Städten über den Kauf ihrer Werke und ihre Anleihepolitik an führen. Dr. Bösch führte dann aus, daß der Vorwurf Dr. Schachts bezüglich der Luxusaufgaben der deutschen Gemeinden auf Berlin nicht zuträffe.

In der Debatte erklärten sich sämtliche Fraktionen, außer der deutschnationalen und der völkischen, für den Antrag und die städtische Finanzwirtschaft. Ein sozialdemokratischer Antrag, der vom Magistrat fordert, daß er die Anträge des Reichsbankpräsidenten auf ein richtiges Maß zurückführe, wurde mit dieser Stimmenmehrheit angenommen.